



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

22. Juni 2018

Wochenbericht KW 25

forsa | Emnid | IfD Allensbach | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 33 % und 30 %, SPD zwischen 21 % und 16 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden geht deutlich zurück USA werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Flüchtlinge:	Sorge über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland gestiegen; Bürger sehen kurz- wie auch langfristig eher Nachteile und zunehmend eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa¹ für RTL/n-tv	Emnid² für BamS	IfD Allensbach³ für FAZ
CDU/CSU	30 (-4)	31 (-2)	33,0 (-1,0)
SPD	16 (-2)	18 (-)	21,0 (+1,0)
FDP	10 (+1)	9 (+1)	9,5 (+0,5)
DIE LINKE	9 (+1)	10 (-1)	9,5 (-0,5)
B'90/Grüne	14 (+2)	12 (+1)	11,0 (-)
AfD	15 (+2)	16 (+1)	13,0 (+1,5)
Sonstige	6 (-)	4 (-)	3,0 (-1,5)
Erhebungszeitraum	14.-15.06.	14.-20.06.	01.-13.06.

Die Union liegt bei forsa 14 (-2), bei Emnid 13 (-2) und bei IfD Allensbach 12 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei forsa bei 30 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit Juni 2011.

Die AfD liegt bei Emnid bei 16 %. Dies ist der höchste von diesem Institut gemessene Wert seit Gründung der Partei.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	46 (-3)
Nahles	13 (-1)
Merkel	42 (-2)
Scholz	20 (-1)
Erhebungszeitraum	11.-15.06.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-2) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 22 (-1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

85 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-2) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 30 % (-4) für Nahles und 37 % (+2) für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 81 % (-) der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 7 % (-) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 44 % (-4) Scholz und 32 % (+3) Merkel.

¹ Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die Ergebnisse der Sonntagsfrage, die vom 11. bis 13.06.2018 erhoben wurde.

² Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (24.06.2018)

³ im Vergleich zur KW 20

Problemlösungskompetenz

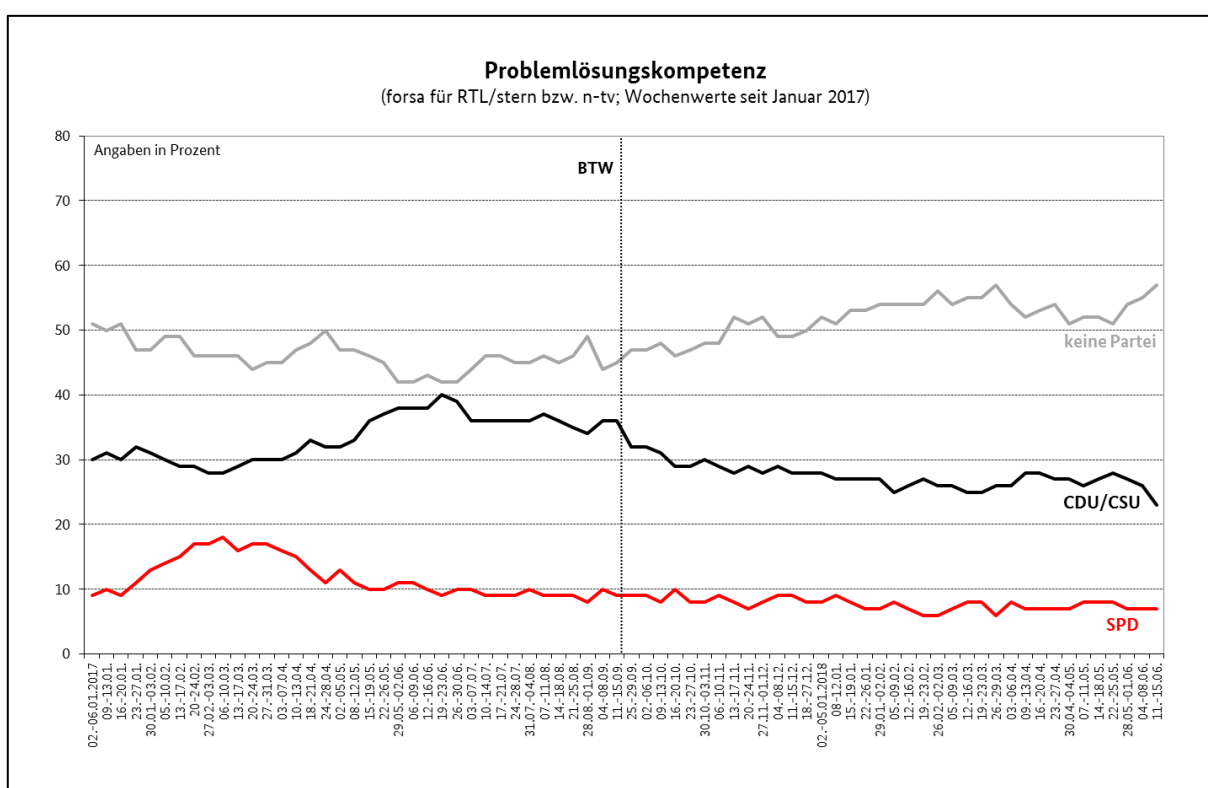
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	23 (-3)
SPD	7 (-)
sonstige Parteien	13 (+1)
keine Partei	57 (+2)
Erhebungszeitraum	11.-15.06.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

57 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

62 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 31 % (-3) von ihrer Partei.



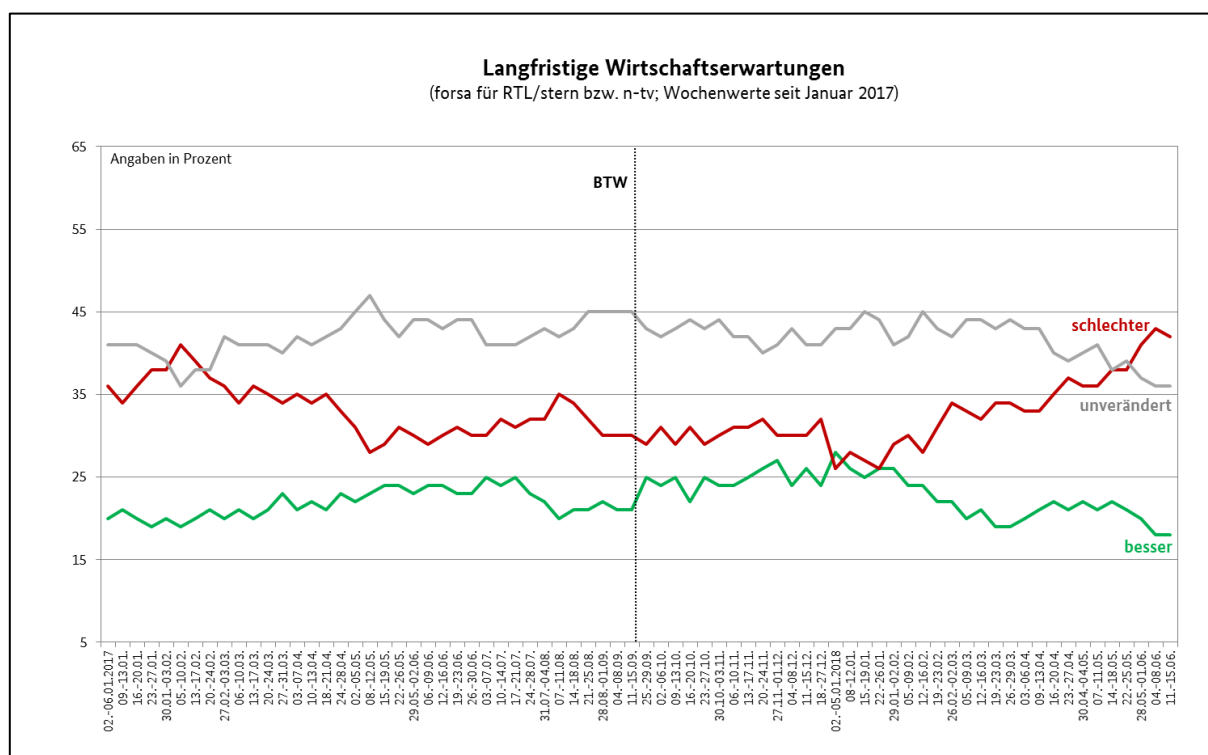
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(-)
schlechter	42	(-1)
unverändert	36	(-)
Erhebungszeitraum	11.-15.06.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 24 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 22

	forsa für BPA	
sehr große	10	(-4)
große	45	(-4)
wenig	35	(+5)
keine	10	(+3)
Erhebungszeitraum	11.-15.06.	

Anhänger der Linkspartei (63 %) und der Grünen (60 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (64 % zu 45 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (65 % zu 39 %).

Anhänger der FDP (50 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 22

	forsa für BPA	
USA	30	(+3)
Naher Osten, arabische Länder	13	(-7)
Asylbewerber, Flüchtlinge	12	(+5)
Asien, Nordkorea	9	(-2)
Syrien	8	(-3)
(Welt-)Wirtschaftskrise	8	(+4)
Russland	6	(-2)
Umwelt, Klima	5	(+2)
Iran	4	(-6)
Krieg/Terrorismus allgemein	4	(-)
Erhebungszeitraum	11.-15.06.	

Nach Meinung der Bundesbürger werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Über 60-Jährige (37 %) und Anhänger der Grünen (39 %) und der Linkspartei (37 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 22

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	43	(+2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(-)
Deutschland tut bereits genug	46	(-1)
Erhebungszeitraum	11.-15.06.	

Personen mit hoher formaler Bildung (51 %) und Gutverdiener (48 %) sowie Anhänger der Grünen (61 %), der FDP (57 %) und der Linkspartei (54 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (24 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (54 %), Ostdeutsche (53 %) und Frauen (52 %) sowie Anhänger der Union (55 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 22

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41	(+2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	38	(-3)
Erhebungszeitraum	11.-15.06.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (50 %), 30- bis 59-Jährige (48 %) und Ostdeutsche (47 %) sowie Anhänger der AfD (76 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (33 %) und der Grünen (22 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 43 %) sowie Anhänger der SPD (51 %), der Grünen (49 %) und der Union (44 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

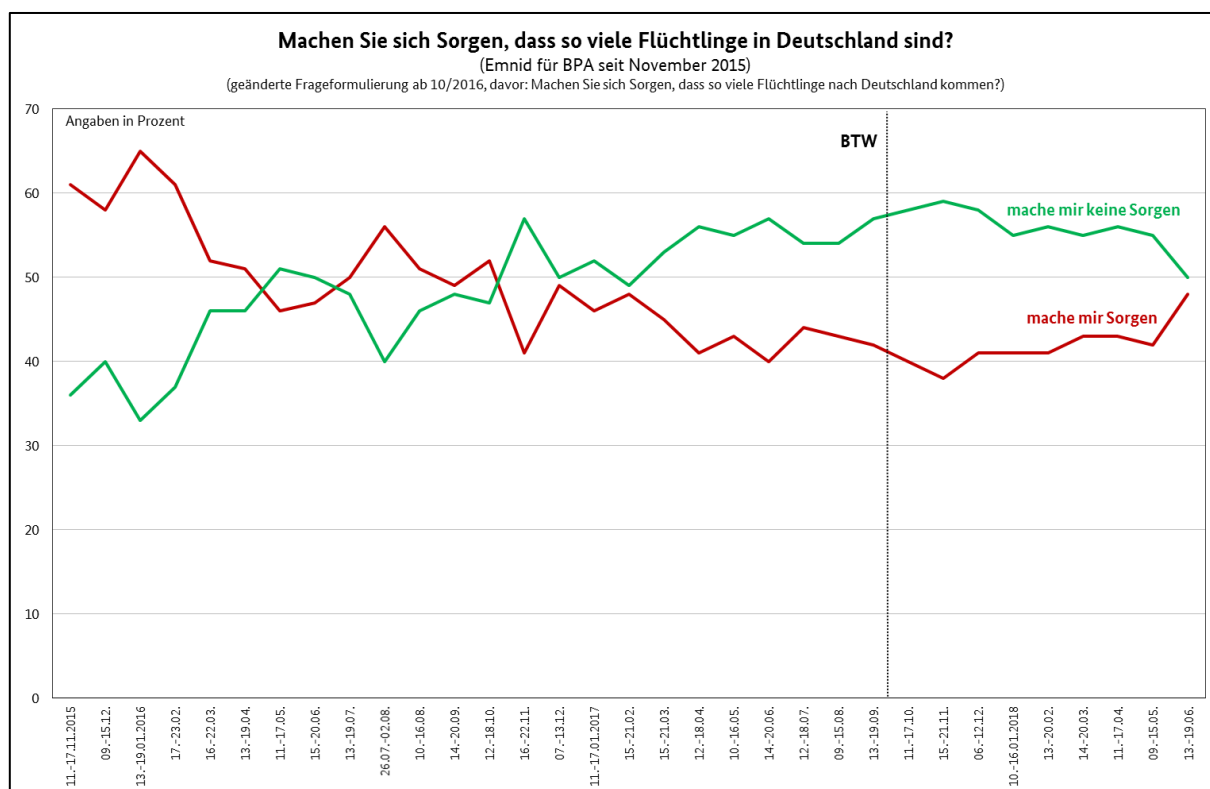
Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 20

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	48	(+6)
mache mir keine Sorgen	50	(-5)
Erhebungszeitraum	13.-19.06.	

30- bis 39-Jährige (56 %), Ostdeutsche (55 %) und über 60-Jährige (54 %) sowie Anhänger der AfD (90 %) und der Union (56 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Personen mit einfacher formaler Bildung sind häufiger besorgt als Personen mit hoher formaler Bildung (67 % zu 35 %).

Unter 30-Jährige (60 %) sowie Anhänger der Grünen (76 %), der Linkspartei (68 %), der SPD und der FDP (jew. 57 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.



● Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

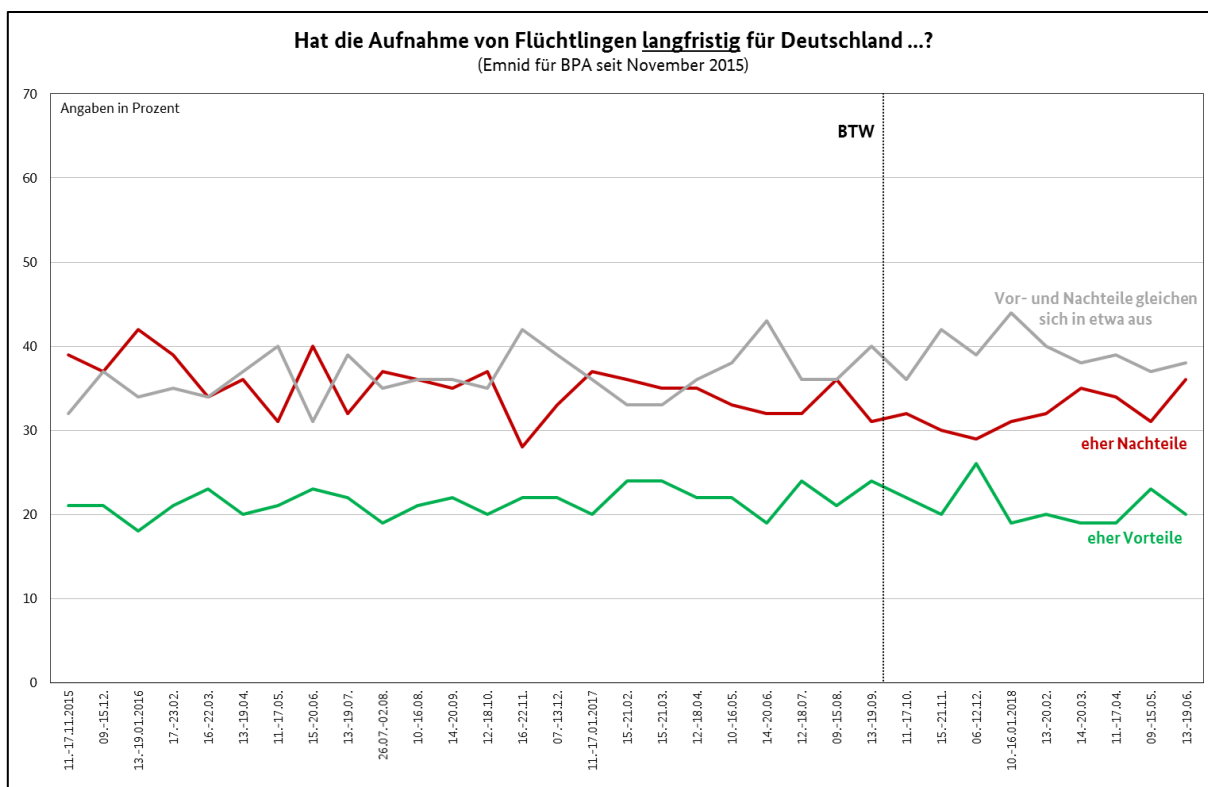
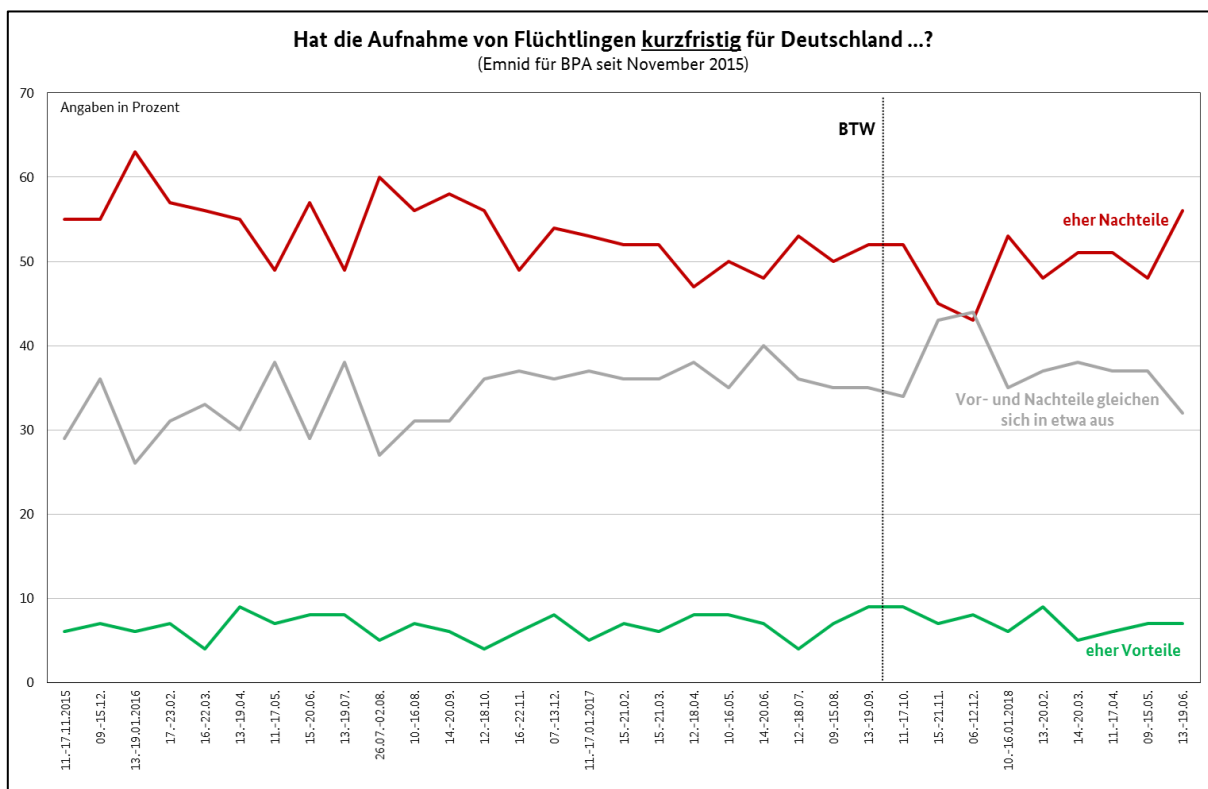
Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 20

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	7	(-)	20	(-3)
eher Nachteile	56	(+8)	36	(+5)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	32	(-5)	38	(+1)
Erhebungszeitraum	13.-19.06.			

Kurzfristig sehen 50- bis 59-Jährige (71 %), 30- bis 39-Jährige (70 %) und Ostdeutsche (61 %) sowie Anhänger der AfD (97 %) und der FDP (72 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (92 %) und Ostdeutsche (42 %) sowie Personen mit einfacher formaler Bildung (49 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (31 %) und unter 30-Jährige (30 %) sowie Anhänger der Grünen (57 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen, meinen Anhänger der SPD überdurchschnittlich häufig (kurzfristig: 39 %, langfristig: 47 %).



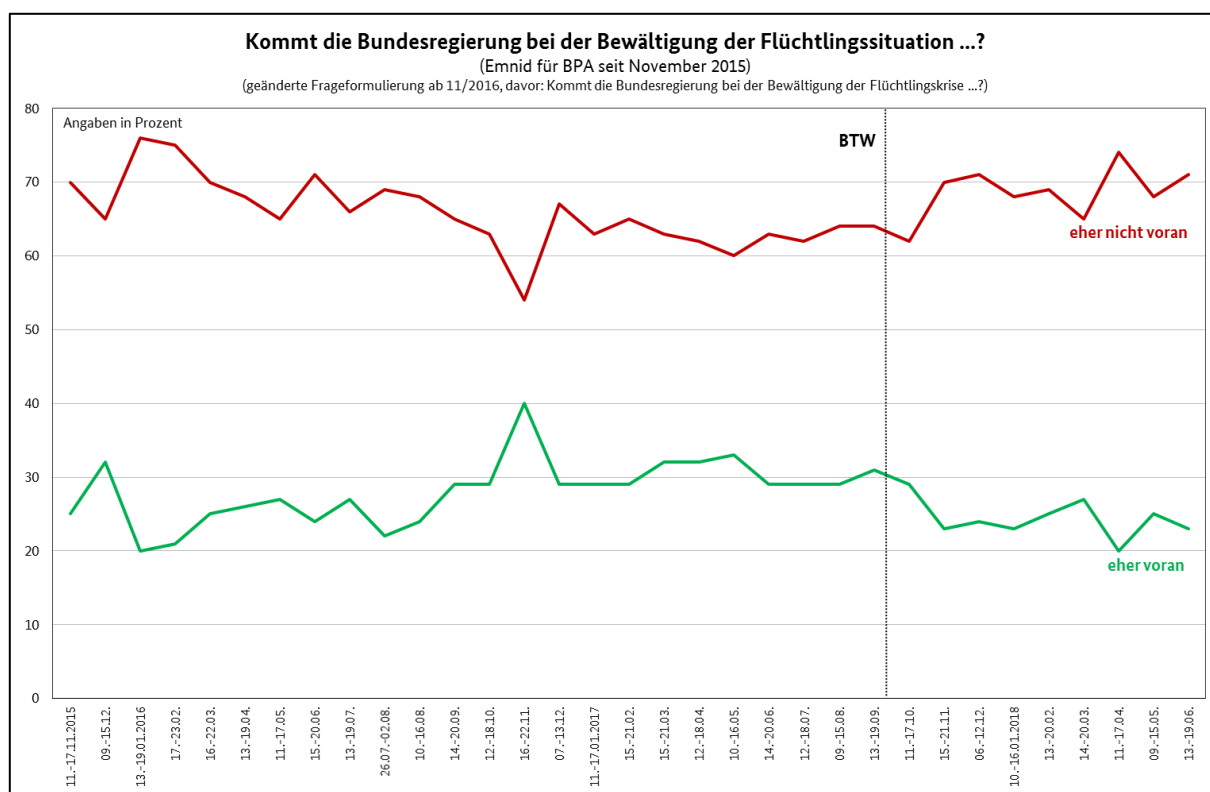
Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 20

	Emnid für BPA	
eher voran	23	(-2)
eher nicht voran	71	(+3)
Erhebungszeitraum	13.-19.06.	

Anhänger der Linkspartei (35 %), der Grünen (32 %) und der Union (30 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Unter 40-Jährige sind eher dieser Meinung als über 50-Jährige (32 % zu 17 %) und Personen mit hoher formaler Bildung eher als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (35 % zu 16 %).

Hingegen meinen insbesondere Anhänger der AfD (96 %) und der SPD (79 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	42 (+18)
Auseinandersetzung Seehofer/Merkel, CSU/CDU	25 (+22)
Fußball-WM/Qualifikation	11 (+8)
US-Präsidentschaft Donald Trump	10 (-3)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	5 (-)
Erhebungszeitraum	19.-20.06.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen". Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit einfacher formaler Bildung (48 %) und Anhänger der AfD (59 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (50 % zu 31 %).

Anhänger der FDP (37 %), der Union, der Grünen (jew. 33 %) und der SPD (32 %) erwähnen das Thema "Auseinandersetzung Seehofer/Merkel, CSU/CDU" besonders oft. Über 65-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (32 % zu 17 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (31 % zu 20 %). Geringverdiener (17 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

